Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung

21. Sitzung
26. Juni 2023

Beginn: 09.05 Uhr
Schluss: 12.45 Uhr
Vorsitz: Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird durch Herrn Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) vertreten. Ferner sind Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) sowie Herr René Behrendt, Leiter der Wasserschutzpolizei Berlin, anwesend.

Der Ausschuss räumt Frau Abg. Eralp (LINKE) einvernehmlich das Rederecht gemäß § 25 Abs. 6 Satz 1 GO Abghs ein.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton) und eine Aufnahme nachträglich auf der Website der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird. Sie stellt das diesbezügliche Einvernehmen des Ausschusses fest.

Die Vorsitzende gestattet im Einvernehmen mit dem Ausschuss den Medienvertreterinnen und -vertretern die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 der Anordnung der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin über die Sicherheit und Ordnung vom 17. März 2023 (Hausordnung).

Punkt 1 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) beantwortet gemeinsam mit Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) und Herrn Christian Oestmann (SenInnSport,

Leitung der Abteilung I – Staats- und Verwaltungsrecht) folgende vorab schriftlich eingereichte Fragen. Diese lauten:

– „Gewalt in Berliner Freibädern?“
(Fraktion der CDU)

– „Was ist der aktuelle Stand zur versprochenen Senkung der Einkommenshürden für Verpflichtungsgeber*innen und der Aufteilung auf bis zu fünf Personen im Zusammenhang mit der Aufnahme von irakischen, syrischen und afghanischen Geflüchteten aus libanesischen Lagern?“
(Fraktion Die Linke)

– „Wie begründet das Land Berlin die Zustimmung zum Beschluss der Innenministerkonferenz zur Einstufung von Georgien, Armenien, Moldau, Indien und den Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

– „Was unternimmt der Senat, damit sichergestellte Fahrzeuge auf dem Sicherstellungsgelände nicht zerstört oder beschädigt werden können, um nicht Polizeidienstkräfte weitere Bürokratien in Form von Gefahrprognosen für Fahrzeugbeschädigungen aufzuerlegen?“
(AfD-Fraktion)

– „Bericht von der Frühjahrskonferenz der Innenminister:innen 2023?“
(Fraktion der SPD)

Punkt 2 der Tagesordnung

a)	Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0961 **Gesetz über die Neuordnung der Zuständigkeiten in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten**	0095 InnSichO
b)	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/1020 **Behördenchaos bei Einbürgerungen beenden – Antragsabgabe und Erstberatung auch in der Übergangsphase der Zentralisierung sicherstellen**	0108 InnSichO

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu Punkt 2 a) ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen der CDU und SPD (Anlage 1) eingereicht wurde. Ferner liegt ein Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (Anlage 2) zu Punkt 2 b) als Tischvorlage vor.

Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) erläutert die Vorlage – zur Beschlussfassung – zu Punkt 2 a).

Herr Abg. Omar (GRÜNE) begründet den Antrag – Drucksache 19/1020 – zu Punkt 2 b).

Herr Abg. Matz (SPD) begründet den Änderungsantrag zu Punkt 2 a) für die antragstellenden Fraktionen (Anlage 1).

Frau Abg. Eralp (LINKE) begründet den Änderungsantrag zu Punkt 2 b) für die antragstellenden Fraktionen (Anlage 2).

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) gemeinsam mit Herrn Oestmann (SenInnSport, Leitung der Abteilung I – Staats- und Verwaltungsrecht) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 2 a) der Tagesordnung:

Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die AfD-Fraktion angenommen. Im Ergebnis beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die AfD-Fraktion, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0961 – mit den zuvor beschlossenen Änderungen zu empfehlen.

Auf Antrag des Herrn Abg. Dregger (CDU) beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion, dem Plenum die dringliche Behandlung der o. g. Vorlage zu empfehlen.

Zu Punkt 2 b) der Tagesordnung:

Der Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt. Im Ergebnis beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/1020 – zu empfehlen.

Auf Antrag des Herrn Abg. Omar (GRÜNE) beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion, dem Plenum die dringliche Behandlung des o. g. Antrags zu empfehlen.

Dem Plenum wird zu den Punkten 2 a) und 2 b) eine entsprechende Beschlussempfehlung zugeleitet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0098
Aufgaben und Herausforderungen der Wasserschutzpolizei InnSichO
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Herr Abg. Dregger (CDU) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 für die antragstellenden Fraktionen.

Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport), Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) und Herr René Behrendt, Leiter der Wasserschutzpolizei Berlin, nehmen einleitend Stellung.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport), Frau Polizeipräsidentin Dr. Slowik (Polizei Berlin) sowie Herr René Behrendt, Leiter der Wasserschutzpolizei Berlin, erneut Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, wird Punkte 3) abgeschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion 0034
Drucksache 19/0261 InnSichO
Konsequenzen aus der DEVI-Studie: Kooperation mit Islamisten beenden, Koranschulen kontrollieren und radikale Moscheevereine verbieten

Herr Abg. Dr. Bronson (AfD) begründet den Antrag – Drucksache 19/0261 –.

Herr Staatssekretär Hochgrebe (SenInnSport) nimmt gemeinsam mit Herrn Steffen Haag (SenInnSport, Referatsleitung Grundsatzangelegenheiten Recht der öffentlichen Sicherheit, Dienstrecht, Aus- und Fortbildung Polizei und Feuerwehr) einleitend Stellung.

Der Ausschuss kommt auf Antrag von Herrn Abg. Dr. Bronson (AfD) einvernehmlich überein, das im Antrag vorgesehene Berichtsdatum auf den „30. November 2023“ zu ändern.

Nach der Aussprache beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die AfD-Fraktion, dem Plenum die Ablehnung des Antrags – Drucksache 19/0261 – auch mit dem geändertem Berichtsdatum des „30. November 2023“ zu empfehlen.

Dem Plenum wird zu Punkt 4 eine entsprechende Beschlussempfehlung zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Umgang mit Klimaprotesten: ziviler Ungehorsam und Selbstjustiz** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0102 InnSichO

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, Punkt 5 der Tagesordnung aus zeitlichen Gründen zu vertagen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

- Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Sitzungstermine für das Jahr 2024 (Anlage 3).

- Die Vorsitzende teilt mit, dass der geplante Informationsbesuch bei der Berliner Wasserschutzpolizei nach der parlamentarischen Sommerpause erfolgen kann. Eine Terminabfrage für diesen Informationsbesuch wird während der Sommerpause erfolgen.

- Die nächste (22.) Sitzung findet am 4. September 2023 um 9.00 Uhr in Raum 311 statt.

Die Vorsitzende Der Schriftführer

Melanie Kühnemann-Grunow Scott Körber

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD zu Drs. 19/0961

Ergänzung des Gesetzestextes: (neuer § 3 Absatz 2 LEA-Errichtungsgesetz)

§ 3 Staatsangehörigkeitsangelegenheiten

(1) Das Landesamt für Einwanderung ist zuständig für die Aufgaben der Einbürgerungs- und Staatsangehörigkeitsbehörde nach staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen einschließlich der Verlustfeststellung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 28 des Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. August 2021 (BGBl. I S. 3538) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung ist zuständig

1. für den Erlass des Widerspruchsbescheides, wenn sich der Widerspruch gegen einen Verwaltungsakt des Landesamtes für Einwanderung nach Absatz 1 richtet, ~~und~~
2. für Rechtsstreitigkeiten des Landesamtes für Einwanderung in Angelegenheiten nach Absatz 1, sofern sie wegen grundsätzlicher oder übergeordneter Bedeutung übernommen werden~~.~~, und
3. für die Verwaltung der Staatsangehörigkeitsakten, soweit Verfahren vor dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 dieses Gesetzes] bestandskräftig abgeschlossen wurden.

Änderungsanweisung:

Artikel 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Neuordnung der Zuständigkeiten in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Absatz 2 Nummer 1 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
2. In § 3 Absatz 2 Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
3. Nach § 3 Absatz 2 Nummer 2 wird folgende Nummer 3 angefügt:

   „3. für die Verwaltung der Staatsangehörigkeitsakten, soweit Verfahren vor dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 dieses Gesetzes] bestandskräftig abgeschlossen wurden.“

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion die Linke

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Behördenchaos bei Einbürgerungen beenden – Antragsabgabe und Erstberatung auch in der Übergangsphase der Zentralisierung sicherstellen

(Drs. 19/1020)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 19/1020 – wird wie folgt geändert:

Am Ende der Überschrift wird folgender Wortlaut ergänzt:

„und Landeseinwanderungszentrum diskriminierungsfrei und divers aufstellen“

Am Ende des Beschlusstextes werden folgende zwei abschließende Absätze eingefügt:

„Der Senat wird außerdem aufgefordert, das geplante Landeseinwanderungszentrum personell vielfältig aufzustellen und den Aufbau der neuen, für Einwanderung zuständigen Abteilung beim Landeseinwanderungsamt von Anfang an durch den Einsatz externer, unabhängiger Expert*innen diskriminierungskritisch zu begleiten und hierfür die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Eine diversitätsorientierte und diskriminierungskritische Organisationsentwicklung sollte für alle Verwaltungen und Behörden Standard sein und gerade dann, wenn sie neu aufgebaut

werden, zum Pflichtprogramm gehören. Entsprechend besagt das Landesantidiskriminierungsgesetz, dass „die Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung und die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt durchgängige Leitprinzip bei allen Maßnahmen der öffentlichen Stellen“ ist. Flankierend sieht das Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft im Land Berlin vor, dass Personen mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen der Verwaltung, auch in den Führungsebenen, mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung Berlins abgebildet werden, der derzeit bei 36 Prozent liegt.“

Berlin, den 23.06.2022

Omar Jarasch Graf
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Eralp Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Abgeordnetenhaus BERLIN

Terminplan für die Sitzungen des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung
– Montag, Plenarwoche, 9.00 Uhr, Raum 311 –

2024

Januar						
M	D	M	D	F	S	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	**18**	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

Februar						
M	D	M	D	F	S	S
			1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	**22**	23	24	25
26	27	28	29			

März						
M	D	M	D	F	S	S
				1	2	3
4	5	6	**7**	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	**21**	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31

April						
M	D	M	D	F	S	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	**18**	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30					

Mai						
M	D	M	D	F	S	S
		1	**2**	3	4	5
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	**23**	24	25	26
27	28	29	30	31		

Juni						
M	D	M	D	F	S	S
					1	2
3	4	5	**6**	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	**20**	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30

Juli						
M	D	M	D	F	S	S
1	2	3	**4**	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

August						
M	D	M	D	F	S	S
			1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30	31	

September						
M	D	M	D	F	S	S
						1
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	**12**	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	**26**	27	28	29
30						

Oktober						
M	D	M	D	F	S	S
	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	**17**	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31			

November						
M	D	M	D	F	S	S
				1	2	3
4	5	6	**7**	8	9	10
11	12	13	14	15	16	17
18	19	20	**21**	22	23	24
25	26	27	28	29	30	

Dezember						
M	D	M	D	F	S	S
						1
2	3	4	**5**	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	**19**	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30	31					

- Plenarsitzungen
- Ausschusssitzungen
- Schulferien und unterrichtsfreie Tage, Sonn- und Feiertage
- Parlamentsferien: 08.07. – 30.08.2024

Feiertage:
Neujahr (1. Januar), Internationaler Frauentag (8. März), Karfreitag (29. März), Ostern (31. März u. 1. April), Maifeiertag (1. Mai), Christi Himmelfahrt (9. Mai), Pfingsten (19./20. Mai), Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober), Weihnachten (25./26. Dezember)

Schulferien und unterrichtsfreie Tage:

Weihnachtsferien 2023/2024	23.12.2023	–	05.01.2024
Winterferien	05.02.2024	–	10.02.2024
Osterferien	25.03.2024	–	05.04.2024
Freitag nach Christi Himmelfahrt	10.05.2024	–	10.05.2024
Sommerferien	18.07.2024	–	30.08.2024
Herbstferien	21.10.2024	–	02.11.2024
Weihnachtsferien 2024/2025	23.12.2024	–	31.12.2024

Stand: 26.06.2023